

Projekt Menschlichkeit - Ende aller Abschiebungen aus Berlin

von Stefan Ziller, Tim, Rhea Niggemann, Patrick Luzina

Am 3. Oktober 2013 ertranken 366 Menschen bei einem der größten Schiffsunglücke vor Lampedusa. In der Folge gab es viele Reden, viele Krokodilstränen und (leere) Versprechungen. Bittere Bilanz in diesem Jahr: Allein im Sommer 2014 sind ca. 3000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Jährlich werden über 50 000 Menschen aus Deutschland abgeschoben, die meisten von ihnen per Flugzeug. Das sind jeden Tag 130 bis 140 Menschen, die in die Situation zurückgezwungen werden, vor der sie geflohen sind: Bürgerkrieg, ethnische oder sexistische Unterdrückung, politische Verfolgung, fehlende Lebensgrundlagen und -perspektiven.

Allein aus Berlin wurden in der ersten Hälfte des Jahres 2014 308 Menschen abgeschoben. Das sind deutlich mehr als in den Vorjahren. Dabei obliegt die Vollstreckung der bundesgesetzlichen geregelten Ausweisung den Ländern und kann in Regierungsverantwortung anders als jetzt gehandhabt werden.

Alle Menschen haben das Recht, selbst zu bestimmen, wo und wie sie leben wollen.

Abschiebungen sind Zwangsmittel zur Migrationssteuerung und nehmen Menschen das Recht selbst zu entscheiden, wo sie leben möchten. Sie kriminalisieren Menschen, die nichts Kriminelles getan haben; sie sind nur auf der Suche nach einer besseren Zukunft. Dafür werden sie gegen ihren Willen oft in Handschellen und mit Zwangsgriffen zuhause, meist unangekündigt und in aller Frühe, von Polizist*innen geweckt und abtransportiert.

Abschiebungen werden unter Einsatz von Medikamenten und folterähnlicher Anwendung von unmittelbarem Zwang durchgeführt. Dabei können Menschen schwere körperliche Verletzungen davontragen und auch getötet werden. In der Vergangenheit ist es innerhalb Deutschlands und Europas zu Todesfällen im Zusammenhang mit Abschiebungen gekommen.

Für die Betroffenen und gerade für Kinder sind diese Ereignisse meistens traumatische Erlebnisse, die sie lange nicht mehr loslassen. Sie entwickeln Ängste und Unsicherheiten. Abschiebung bedeutet, einen Menschen gegen seinen Willen zu deportieren und bei Fällen von Menschen, die längere Zeit in Deutschland leben, bedeutet es sogar ihnen ihr Zuhause zu nehmen.

Es bedeutet vor allem auch, dass Menschen zurück in Situationen gezwungen werden, die für sie gefährlich sind. Niemand flieht ohne Grund! Das deutsche Recht ist sehr restriktiv, was die Anerkennung von Fluchtgründen angeht. Ohnehin wird nur ein geringer Teil der Gründe, die Menschen zur Flucht bewegen, als legitim eingestuft. Und auch diese Gründe werden in vielen Fällen nicht er- und anerkannt. Abschiebung bedeutet für die meisten Menschen, dass ihr Leben kurz- oder langfristig durch diese gefährdet wird.

Abschiebungen sind zugleich Teil eines rassistischen Systems, zu dem unter anderem Blicke in der U-Bahn, rassistische Arbeitsmarktpolitik, Illegalisierung und Ausbeutung wie auch meterhohe Zäune an den Grenzen gehören. Wir sind gegen die Festung Europa und gegen sämtliche Versuche, Migration einzuschränken oder zu kontrollieren. Wir wollen keine Trennung von Menschen in so genannte "gut Integrierte" und "die Anderen". Der "fehlende Nutzen" für die "deutsche" Gesellschaft rechtfertigt niemals eine Abschiebung oder Ausgrenzung von Teilhabenden an unserer Gesellschaft.

Daher halten wir den unmittelbaren Zwang zur Durchsetzung von Ausweisungen für unvereinbar mit den Menschenrechten. Migration ist für Menschen oft der einzige Weg, um einer die Gesundheit und das Leben gefährdenden Situation zu entkommen. Daher ist es eine menschlich nicht nur verständliche, sondern vom Selbsterhaltungstrieb gesteuerte gesunde Reaktion. Die Suche nach Sicherheit für Leib und Leben in einer Welt mit immer mehr Kriegen und anderen Gefahren durch Gesetze zu reglementieren, widerspricht der menschlichen Natur. Daher muss anerkannt werden: Migration ist ein Menschenrecht. Daran sollte niemand gehindert werden.

Alle landesrechtlichen Möglichkeiten müssen im Falle einer GRÜNEN Regierungsbeteiligung in Berlin voll ausgeschöpft werden, um die Ablehnung eines Aufenthaltstitels zu vermeiden. Damit kommt es erst gar nicht zur Ausweisung bzw. dessen Vollstreckung durch Abschiebung. Denn für uns sind Menschlichkeit und Humanismus unverhandelbar.

Der Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, benennt es bspw. zurecht als Aufgabe der Kirche, aber auch von Politik und Zivilgesellschaft, "an der Seite der Schwachen zu stehen". Außerdem sei das Grundgesetz ernst zu nehmen, "nämlich dass die Würde des Menschen unantastbar ist." Und jede Abschiebung ist mit der Würde des Menschen unvereinbar.

Wir setzen uns daher für ein sofortiges und dauerhaftes Ende aller Abschiebungen, **sowie eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für Alle ein!**

Konkret wollen wir die Berliner Abschiebehafte ersatzlos abschaffen und den Abschiebeknast abreißen. Die Ausländerbehörde soll in die Zuständigkeit der Integrationsverwaltung überführt werden. Von Berliner Flughäfen sollen Abschiebungen grundsätzlich verboten und untersagt werden. Auch die Nutzung des Berliner Luftraums soll für Flugzeuge, die an Abschiebungen beteiligt sind oder waren, untersagt werden. Das Land Berlin soll sich auf Bundesebene für ein Ende der Flughafenverfahren und der Abschiebehafte und für ein generell humaneres Asylrecht einsetzen.

Das Papier ist ein Beitrag zum Markt der Ideen: <http://www.gruene-linke-berlin.de/markt-der-ideen/> auf der Tagung von Grüne Linke Berlin.